

## **Redebeitrag: Antifaschistische Aktion Lingen – Demo 18.06.2016**

„Ein verabscheuungswürdiger feiger Anschlag auf unschuldige Menschen“ und „eine furchtbare Tat eines Einzeltäters“; so hat der Lingerer Bürgermeister Dieter Krone in einem Videointerview die Schüsse des Moritz H. auf Bewohner der Lingerer Geflüchtetenunterkunft „Am Langschmidtsweg“ kommentiert.

Mit seinem moralischen Urteil hat er vollkommen Recht, dennoch verfehlt er die politische und gesellschaftliche Deutung des Anschlags völlig. In seiner Position als Bürgermeister von Lingen ist es verständlich, warum er auf diese Weise reagiert, denn damit ist der Ruf der Stadt bedroht, die sich in der Eigenwahrnehmung vieler Bürger immer wieder als Vorbild in der Aufnahme von Geflüchteten sieht und ein solche Schreckensmeldung beschädigt das Image eines „bunten Lingens“.

Angesichts von Abschiebungen und Containerunterbringung ist durchaus fraglich, ob diese Selbstwahrnehmung, so viel für Geflüchtete zu tun, tatsächlich der Realität entspricht. Wir wollen an dieser Stelle stattdessen aufzeigen, dass geflüchtetenfeindliche Übergriffe von Einzelnen nicht unabhängig vom gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden können, dass der Angriff des Moritz H. eben keine Einzeltat gewesen ist und er mit seiner rechten Ideologie im Lingen nicht isoliert, sondern Teil einer seit langem bestehenden rechten Szene ist.

### **Moritz H. – Der rassistische Schütze als selbsternannter „Vollstrecker des Volkswillens“**

Der Angriff des Moritz H. auf die Geflüchteten ist weder rechtlich noch moralisch zu relativieren, denn es ist in jedem Fall der freie, bewusste und ideologiegeleitete Entschluss des Täters gewesen. Doch es lässt sich aus der gesellschaftspolitischen Realität ableiten, wie dieser Täter eine menschenfeindliche Ideologie so sehr verinnerlichen kann, dass er zu einer solchen Tat überhaupt fähig ist.

Dazu muss man sich vor allem eine Wechselbeziehung anschauen: Die zwischen Politik und Gesellschaft. Eine solche Wechselbeziehung lässt sich zum Beispiel an den geflüchtetenfeindlichen Asylrechtsverschärfungen verdeutlichen, wie etwa das im Jahr 2016 verabschiedete Asylpaket 2. Dies lässt zwei Kausalitäten vermuten:

Die Regierungsparteien reagieren mit den Asylrechtsverschärfungen auf die Verstärkung geflüchtetenfeindlicher Einstellungen in der Bevölkerung, um dem machtpolitischen Trend Richtung der AfD etwas entgegenzusetzen. Oder die Regierungsparteien machen bewusst geflüchtetenfeindliche Gesetze, weil sie selber rassistische Positionen vertreten.

Laut der aktuellen „Mitte-Studie“ zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung fällt zwar die Steigerung der klassischen Einstellungen, die Rechtsextremismus charakterisieren, nur geringfügig aus, stattdessen nahm *„nahm die Fokussierung des Ressentiments gegen Geflüchtete, Muslime sowie gegen Sinti und Roma zu.“* Jeder zweite Deutsche meint 2016, sich *„wie ein Fremder im eigenen Land“* zu fühlen, über 40% wollen Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen und 58,5% der Befragten gaben an, dass sie ein Problem damit hätten, wenn Sinti und Roma in ihrer Nähe wohnen würden.

Es fällt daher auf, dass die deutsche Bevölkerung auf den Zuzug von Geflüchteten mit verstärktem Hass reagiert und rassistische Einstellungen mit dem Eintritt der Flüchtlingsbewegung ins öffentliche Bewusstsein stark zugenommen haben. Projektionsfläche der Feindschaft sind hier wahlweise Geflüchtete, Muslime, Sinti und Roma oder generell Schwarze.

Die oben genannten Zahlen der Studie 2016 zeigen deutlich, welche eine rassistische Grundstimmung in der „enthemten Mitte“ dieses Landes präsent ist.

Die Antifaschistische Aktion Lingen und der Verein Grenzenlos – Antirassistisches Engagement haben zum Ende letzten Jahres eine Reihe geflüchtetenfeindlicher Ereignisse in Lingen und dem Emsland publiziert: Brandanschläge auf die Notunterkunft „Turnhalle Georgianum“, rassistische Türpolitik der Diskothek Joker, nachbarschaftliche Abschottung gegen Refugees „Am Waldstadion“ und „Nein zum Heim“-Sticker im Stadtgebiet. Hinzugekommen sind in diesem Jahr u.a. das Auftauchen eines rassistischen Hetzpamphlets vor einer Asylunterkunft, zahlreiche Flyeraktionen und eine Kundgebung des NPD Unterbezirks Emsland/Grafschaft Bentheim, ungehemmt prügelnde Neonazis auf dem Schützenfest in Altenlingen sowie der Aufbau eines völkisch-rassistischen AfD Kreiverband im Emsland.

Genau dies sind die äußeren Umstände und der rassistische Kontext welche Täter wie Moritz H. dazu ermutigen, zur Waffe zu greifen. Dies ist ohnehin kein Einzelfall es scheint derzeit ein besonders deutsches Bedürfnis nach Schusswaffengebrauch zu existieren. Angefangen von den Forderungen jener Frauke Petry nach Schießbefehlen zur Flüchtlingsabwehr an europäischen Grenzen, über stilisierte Panzer zur Geflüchtetenbekämpfung im deutschen Karneval, bis zu den gezielten Schüssen von Moritz H. in Lingen und den Gaspistolenschüssen von grölenden Neonazis aus ein Auto mit MigrantInnen in Stuttgart.

#### **Zudem möchten wir das Vorgehen der Polizei in diesem Fall kritisieren:**

Einerseits hat die Polizei die Geflüchteten nicht ernst genommen. Nach dem ersten Schuss am Sonntag wurde die Polizei gerufen, die aber -laut Berichten- keine Gefahr feststellen konnten und Zweifel an den Aussagen der Refugees hatten. Man hätte nach Bekanntwerden des ersten Vorfalls die Nachbarschaft überprüfen können, den Moritz H. als Täter aufsuchen sollen und so zumindest die zweite Schussattacke verhindern können. Wenn die Polizeibeamten die Sorgen der Geflüchteten ernst genommen hätten, hätten sie die Information erhalten, dass bereits Tage zuvor willkürlich zwei Mal auf die Menschen geschossen wurde. Aber auch ohne dieses Wissen lagen trotzdem Gründe dafür vor, den Täter in Untersuchungshaft zu nehmen, was jedoch nicht geschah, weil keine Wiederholungsgefahr gesehen wurde. Das ist aber schon deswegen falsch, da der Täter in direkter Nachbarschaft zur Geflüchtetenunterkunft lebt und daher jederzeit die Möglichkeit hatte, ein weiteres Mal zuzuschlagen. Zwei Mal war das an diesem Tag schon geschehen, weitere zwei Angriffe hatte es in den Tagen zuvor gegeben. Dabei nicht von einer Wiederholungsgefahr auszugehen ist bestenfalls naiv, und hinterlässt die BewohnerInnen der Unterkunft in der Situation, in direkter Nachbarschaft zum Täter der Gefahr eines weiteren Angriffs ausgesetzt zu sein.

Ein zweiter Kritikpunkt ist, dass die Polizeibeamten nicht eindeutig eine rechte Motivation hinter den Angriffen gesehen haben, obwohl ihnen die Verbindungen zwischen Moritz H. und dem NPD Unterbezirk Emsland/Grafschaft Bentheim sehr wohl bekannt gewesen sind.

Hier sehen wir sofort die gegenseitige Wechselbeziehung zwischen den beiden Kritikpunkten: Weil nämlich die Sorgen der Geflüchteten nicht richtig ernst genommen wurden, wurde die Tat zunächst kaum untersucht und daher auch keine rechte Motivation unterstellt. Und weil rechtsmotivierte Straftaten zu wenig Geltung bekommen oder gar nicht als solche erkannt werden, hat die Polizei zu wenig oder gar nichts für den Schutz der Menschen unternommen, welcher bei einer rechten Motivation der Tat sofort umgesetzt werden müsste.

## **Der NPD Unterbezirk Emsland/Grafschaft Bentheim als Radikalisierungsinstanz des Täters.**

Zum Wahlkampf der Bundestagswahl 2013 tauchte der NPD Unterbezirk Emsland/Grafschaft Bentheim mit der Flaggschiff-Kundgebung auf dem Lingener Marktplatz und der Aufstellung des Vorsitzenden Tobias Richter als Direktkandidat für den Wahlkreis 31 Mittelems aus der politischen Inaktivität wieder auf. Zu diesem Zeitpunkt trat auch Moritz H. das erste Mal in der Öffentlichkeit mit Naziverbindungen auf. Bei der NPD-Kundgebung stand er hinter der Polizeikette, also auf der Seite seiner Kameraden. In folgenden Monaten des Jahres 2013 machte sich Tobias Richter händeringend auf die Suche nach Wahlkampfunterstützung. Da kam ihm der junge Moritz H. sehr gelegen. Nicht lange dauerte es, bis Moritz H. gemeinsam mit den Haselünnern Tobias Richter und Lars Kaiser plakatierten und Flyer verteilten. Im April 2014 bezeichnete sich Moritz H. bei Facebook als stellvertretender Vorsitzender des NPD Unterbezirks Emsland/Grafschaft Bentheim. Seine ideologische Festigung war spätestens damit vollzogen. Dass Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ein Kernelement neonazistischer Ideologie ist, zeigt sich explizit am Beispiel Moritz H.- Laut Staatsanwaltschaft ist dieser bereits acht Mal wegen Körperverletzung und Bedrohung vorbestraft. Jene Gewalttaten, seine Affinität für Waffen und Militärging einher mit seiner politisch rechten Gesinnung, bei der die NPD eine willkommene Peergroup darstellte.

Es ist wenig verwunderlich, dass Tobias Richter sich aktuell, laut der taz, vom Täter abgrenzt mit der Aussage, jeder könne Flyer von der NPD bestellen und diese eigenhändig verteilen, und es bestehe keinerlei Verbindung zum Täter. Dies ist aufgrund der Vorgeschichte schlichtweg gelogen und soll dem Image seines Unterbezirks dienen, welcher derzeit wieder im Wahlkampf ist. Ebenso echauffierte sich Richter in einem Kommentar unter einem NOZ-Artikel, dass die Berichterstattung doch völlig überzogen sei, es würde ja jeden Tag auf Menschen geschossen werden und Mordabsichten hätte Moritz H. in keinem Fall damit verbinden können. Auch das hiesige NPD Mitglied Lars Kaiser meldete sich diesbezüglich im sozialen Netzwerk zu Wort und bemerkte lediglich, dass die Schüsse auf die Frau und das Kind nicht hätten sein müssen... bei den betroffenen Männern ist er da offenbar anderer Meinung.

Hier zeigen sich auf der einen Seite taktische Abgrenzungsreaktionen des NPD Unterbezirks Emsland/Grafschaft Bentheim, allerdings auf der anderen Seite auch Verharmlosung des Angriffs und ideologische Sympathien zum Täter. Anderes ist auch -ehrlich gesagt- nicht zu erwarten gewesen.

In diesem Sinne möchten wir diese Demonstration dazu nutzen,

- den gesellschaftlich-rassistischen Kontext zu benennen, welcher Täter wie Moritz H. zu derartigen Handlungen motiviert,
- die Nazistrukturen, die als Auffänger- und Organisationsfläche fungieren, offen legen
- und das wiederholt falsche Handeln der Polizei betonen, die Angriffe mit rechtem Hintergrund oftmals nicht als solche benennen, erkennen und somit verharmlosen.

Dem allen gilt es sich entgegenzusetzen und sich mit den Selbstorganisationen von Geflüchteten zu solidarisieren, die als Gegenbewegung zum rassistischen Trend wahrzunehmen sind.

Also:

Antifa in die Offensive,

Nazistrukturen aufdecken und zerschlagen!

Solidarität und Bleiberecht für alle geflüchteten Menschen!

